



Jugendsession 2017

9. – 12. November 2017

> Dossier

Freihandelsabkommen

Inhaltsverzeichnis

1	<u>EINLEITUNG</u>	3
2	<u>GESCHICHTE DES HANDELS</u>	3
2.1	WELTHANDELSORGANISATION WTO.....	4
2.1.1	AUFGABEN	4
2.1.2	PRINZIPIEN DER WTO	4
2.2	BLOCKADE DER WTO	5
3	<u>FREIHANDELSABKOMMEN</u>	6
3.1	ARTEN VON FREIHANDELSABKOMMEN	6
3.2	THEMEN VON FREIHANDELSABKOMMEN	6
3.3	DIE SCHWEIZ UND IHRE FREIHANDELSABKOMMEN	7
3.3.1	SCHWEIZ-EU	10
3.3.2	SCHWEIZ- AUSSERHALB EU/EFTA	10
4	<u>POSITIONEN ZU FREIHANDELSABKOMMEN</u>	11
4.1	WIRTSCHAFTSPOLITISCHE SICHT	11
4.2	ENTWICKLUNGSPOLITISCHE SICHT.....	12
4.2.1	MULTILATERALE STATT BILATERALE ABKOMMEN	12
4.3	EMPFEHLUNGEN.....	13
5	<u>POLITISCHE VORSTÖSSE</u>	13
5.1	FORDERUNGEN IM PARLAMENT	13
5.2	FORDERUNGEN DER JUGENDSESSION	14
6	<u>LINKS UND ZUSÄTZLICHE INFORMATIONEN</u>	15
7	<u>ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS</u>	15
8	<u>GLOSSAR</u>	16
9	<u>LITERATURVERZEICHNIS</u>	17

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1	Entwicklung des Schweizer FHA-Netzes (SECO 2016, S. 14)	8
Abbildung 2	Wachstum des BIP [Index 1995=100] (SECO 2016, S. 10)	8
Abbildung 3	Globale Entwicklung von FHA (SECO 2016, S.16)	9
Abbildung 4	Schweizer Netz von FHA (SECO 2016, S. 19).....	11

1 Einleitung

Ein Freihandelsabkommen (FHA) stellt ein Vertrag zwischen zwei oder mehr Ländern dar, der insbesondere zum Ziel hat, den Handel zwischen den Parteien, die diesen Vertrag unterzeichnet haben, zu vereinfachen. Doch wie betreffen uns BürgerInnen im Alltag die FHA? Viele Produkte, welche in der Schweiz zum Kauf angeboten werden, wurden nicht oder nicht in ihrer Gesamtheit in der Schweiz produziert. Ein Fahrrad beim lokalen Veloladen hat bereits viele Schritte durchlaufen, bevor es in den Verkauf gekommen ist. Der/Die MechanikerIn wird halbfertige Teile (z.B. Sattel, Räder, Schaltung) von anderen Betrieben bezogen haben, die entweder in der Schweiz oder dem Ausland produziert wurden. Falls der Veloladen Teile aus dem Ausland importierte, können FHA bereits eine Rolle gespielt haben, wie z.B. bei Fragen zum Zoll, Bedingungen, Patente, etc.

Hohe Zölle und unterschiedliche Bedingungen von Fahrradprodukten sind Kosten, die sich im Preis vom fertiggestellten Fahrrad widerspiegeln. Eines der Hauptziele von FHA ist es, solche administrativen und künstlichen Kosten abzubauen, damit ein Produkt möglichst *frei* von jeglichen Beschränkungen ist und Handel gemäss gemeinsam vereinbarter Regeln stattfinden kann.

In diesem Dossier soll ein Überblick über Geschichte, Ziele und Aufgaben des Freihandels gegeben, verschiedene Positionen beleuchtet sowie politische Vorstösse aufgezeigt werden.

2 Geschichte des Handels

Im 18. Jahrhundert schrieb der französische Philosoph und Schriftsteller Montesquieu (1689-1755), dass Handel zwischen Ländern Frieden bedeute. Gemäss ihm sei „die natürliche Wirkung des Handels (...), Frieden zu bringen. Zwei Völker, die miteinander Handel treiben, machen sich voneinander abhängig“ (Montesquieu 1748).

Der Ökonom David Ricardo (1772-1823) zeigte mit seiner Theorie dann die komparativen Vorteile von Handel auf. Diese besagt, dass jeder Staat jene Güter produzieren soll, in denen er relativ besser ist als andere. Solche relativ besser produzierten Güter sollten dann gegen andere Güter aus anderen Ländern getauscht werden. Ein Beispiel: Costa Rica ist eines der Länder, das am meisten Bananen anbaut und exportiert. Durch das warme Klima ist es dort relativ einfach, Bananen herzustellen. In der Schweiz hingegen bräuchte man dafür beheizte Gewächshäuser, was es für die Schweiz teurer macht, Bananen zu produzieren. Aufgrund des Klimas hat Costa Rica also einen komparativen Vorteil in der Herstellung von Bananen. Die Schweiz verfügt hingegen über eine ausgeprägte Uhrenproduktion und ist Vorreiterin darin. Zwar könnte die Schweiz selbst Bananen anbauen und Costa Rica selbst Uhren herstellen, doch dies wäre nicht sinnvoll. Der Handel zwischen beiden Ländern ermöglicht es, dass man von den jeweiligen Stärken profitieren kann (Vimentis, 2017).

Seit dem 19. Jahrhundert bis heute änderte sich das Verhalten vom Handel zwischen Staaten immer wieder stark. Ende 19. Jahrhundert und Anfang 20. Jahrhundert war die Handelspolitik geprägt von einfachen bilateralen Zollabkommen zwischen Staaten. Unmittelbar nach dem zweiten Weltkrieg ersetzten multilaterale und regionale die

bilateralen Handelsverträge. Eine erneute Wende zu bilateralen Verträgen setzte mit dem Fall der Sowjetunion und des Kommunismus in Osteuropa ein. Viele Industriestaaten begannen allerdings erst wieder um die Jahrtausendwende bilaterale Verträge zu verhandeln, da sich die Verhandlungen in der Welthandelsorganisation (WTO) schwieriger gestalteten (Lester 2009, S. 4ff).

Das Resultat dieser geschichtlichen Verwicklungen stellt ein riesiges Netz an internationalen Handelsregeln dar. Zusammen mit den verschiedenen WTO-Abkommen gibt es mittlerweile über 400 aktive Handelsabkommen weltweit, die Raum für überlappende, unterstützende oder auch unterschiedliche Verpflichtungen kreieren (WTO, 2017).

Wichtiger als die reine Anzahl von Verträgen, sollte vor allem auch Umfang und Abdeckung der Handelsabkommen sein. Während Ende des 19. Jahrhundert und Anfang des 20. Jahrhundert die bilateralen Verträge vor allem auf den Warenverkehr und den Zollabbau fokussiert waren, decken die neuen Verträge noch viele weitere Aspekte ab wie zum Beispiel Dienstleistungen, geistiges Eigentum, Investitionen sowie Umweltfragen und Arbeitsrechte (ebd., S. 4ff).

2.1 Welthandelsorganisation WTO

Die Welthandelsorganisation WTO trat 1995 in Kraft und setzt sich für eine weltweiten Abbau von Handelsbeschränkungen ein. Sie wurde als Nachfolgerin des allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (GATT) gegründet und umfasst heute 164 Mitgliedstaaten. Die WTO legt für Ihre Mitglieder verbindliche Regeln fest, die in 30 Abkommen definiert sind. Die vier wichtigsten Abkommen regeln je einen zentralen Bereich des Welthandels: Das internationale Abkommen zum Handel von Waren (GATT), das Dienstleistungsabkommen (GATS), das Abkommen zum Schutz der Rechte des geistigen Eigentums (TRIPS) sowie das Landwirtschaftsabkommen (AoA).

2.1.1 Aufgaben

Die WTO hat folgende Funktionen (Vimentis, 2017):

- Ausführen und Umsetzen der WTO-Abkommen
- Verhandlungen über den Welthandel ermöglichen bzw. organisieren
- Handelsstreite schlichten (nur wenn sie WTO-Abkommen betreffen)
- Nationale Handelspolitiken überwachen
- Technische Unterstützung der Entwicklungsländer
- Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organisationen

2.1.2 Prinzipien der WTO

Jedes Mitglied muss sich zu den WTO-Grundregeln verpflichten. Einerseits sollen Zölle abgebaut werden, andererseits wird so die Gleichbehandlung von jedem Mitglied gewährleistet.

Nichtdiskriminierung: Dieses Prinzip regelt einerseits, dass alle Reduktionen oder Vorteile, die ein Mitgliedstaat einem anderen gewährt, auf alle WTO-Länder angewendet werden müssen. Ausnahme ist, wenn sie im Rahmen eines

Freihandelsabkommen ausgehandelt wurden¹. Andererseits gilt das Prinzip der *Inländergleichbehandlung*. Das bedeutet, dass ausländische Waren nicht von inländischen Waren benachteiligt sein dürfen. Auch hier gilt wieder eine Ausnahme bei Entwicklungsländern, wenn sie ihre Wirtschaft von Billigprodukten schützen möchten.

Abbau von Handelsbarrieren und dem Zoll: Falls ein Mitgliedsland gewisse Schutzbedürfnisse geltend macht, können Zölle bis zu einem maximalen Level erhoben werden. Zusätzlich ist eine mengenmässige Beschränkung von Importen untersagt.

Multilateralismus: Die WTO möchte alle Entscheidungen mit allen Mitgliedstaaten zusammen treffen. Dieses Prinzip des Multilateralismus baut auf kooperatives und gegenseitiges Interesse.

2.2 Blockade der WTO

Um die Jahrtausendwende wollten die Industrieländer der WTO den Handel noch ausweiten. Entwicklungsländer wehrten sich dagegen, da sie sich untervertreten fühlten. Allerdings wurde das Versprechen gegeben, dass in der nächsten Verhandlungsrunde Entwicklungsländer Priorität haben. Somit einigte man sich auf eine nächste Verhandlungsrunde, die 2001 begann, die sog. Doha-Runde. Während den Verhandlungen klagten die Entwicklungsländer, dass die Industrieländer immer noch ihre Eigeninteressen verfolgen und nicht auf die Bedürfnisse und Anliegen der Entwicklungsländer eingehen würden. Durch Widerstand unter der Führung von China, Brasilien und Indien zog sich die Doha-Runde über 14 Jahre her und ist seither blockiert.

Da der multilaterale Ansatz der WTO dadurch ins Stocken geriet, wichen die Staaten vermehrt auf bilaterale Freihandelsabkommen zurück, um ihre Handelsinteressen mit anderen Ländern zu regeln. Im Gegensatz zu multilateralen Abkommen können sich bei bilateralen Abkommen gleichgesinnte Länder untereinander auf von ihnen bevorzugte Handelsregeln einigen (Public Eye, 2017).

Anfangs 2017 jedoch kam Bewegung ins Spiel. Das erste multilaterale Handelsabkommen der WTO trat in Kraft: Das Abkommen über Handelserleichterungen. Dieses soll Unternehmen ermöglichen, ihre Waren einfacher durch den Zoll zu bringen, indem etwa weniger Dokumente eingereicht und die Verfahren am Zoll beschleunigt werden. Dieses Abkommen ist der erste multilaterale Erfolg der WTO seit ihrer Gründung im Jahre 1995 und kann als wichtiges Bekenntnis der Staatengemeinschaft zum multilateralen Handelssystem gewertet werden (Economie Suisse, 2017).

¹ Durch diese Ausnahme sind FHA für Staaten auch so interessant

3 Freihandelsabkommen

3.1 Arten von Freihandelsabkommen

FHAs können auf verschiedene Arten und in unterschiedlicher Reichweite abgeschlossen werden. Es wird zwischen bilateralen, plurilateralen und multilateralen Abkommen unterschieden.

- **Bilateral:** zwei Vertragspartner, ausgehandelte Regeln nur für die beteiligten Staaten verbindlich
- **Plurilateral:** mehr als zwei Vertragspartner, ausgehandelte Regeln nur für die beteiligten Staaten verbindlich
- **Multilateral:** mehr als zwei Vertragspartner, ausgehandelte Regeln für alle WTO-Staaten verbindlich

Die wichtigsten plurilateralen Abkommen, die zurzeit verhandelt werden, sind:

- **TISA:** Abkommen über den Handel von Dienstleistungen zwischen 23 WTO-Mitgliedern einschliesslich den USA und der EU.
- **TPP:** Angestrebte Freihandelszone im Pazifikraum. Hauptsächlich zwischen China, Japan, Australien, etc.
- **TTIP:** Angestrebte Freihandelszone zwischen der EU und den USA.

3.2 Themen von Freihandelsabkommen

In diesem Unterkapitel werden einzelne aber noch längst nicht alle Bereiche heutiger FHAs genauer erläutert. Alle fettgedruckten Begriffe sind im Glossar definiert.

Zolleinsparungen: Ein Hauptziel von FHA ist die Abschaffung von Zöllen. Schätzungen ergeben, dass die Schweizer Exportindustrie im Jahr 2014 mit FHAs ausserhalb der EU/EFTA rund 400 Millionen Franken einsparen konnte (SECO 2016, S. 25).

Technische Handelshemmnisse: Unterschiedliche Anforderungen an Produkte kann den länderübergreifenden Handel verteuern und erschweren. Wird für ein Produkt z.B. eine unterschiedliche Kennzeichnung verlangt (z.B. Kleidungsstück), kann beim Import eine umständliche Neu-Etikettierung notwendig werden, was mit hohen Kosten und Verzögerungen verbunden sein kann (SECO 2016, S. 31) Daher ist ein Ziel von FHA, solche Doppelspurigkeiten zu vermeiden und womöglich Regeln zu vereinheitlichen.

Dienstleistungen: In den letzten Jahren übertraf das Wachstum des Dienstleistungshandels dasjenige des Güterhandels. Dieses Wachstum hat vor allem mit mehr Angeboten von Dienstleistungen im Internet (z.B. Online-Weiterbildungen), der höheren Mobilität von Privatpersonen (z.B. Tourismus) und der Öffnung von Infrastrukturmärkten (z.B. Telekommunikationsmarkt auch für ausländische Dienstleister geöffnet) zu tun. Die Schweiz möchte mit FHA den Marktzugang für Schweizer Dienstleistungen verbessern. Insbesondere stehen Finanzdienstleistungen im Fokus (ebd., S. 29).

Investitionen: Über Investitionen beteiligt sich eine Firma z.B. an Unternehmen im Ausland oder baut mit eigenem Kapital dort Produktions- und Vertriebsanlagen für ihre Produkte auf. Zum Beispiel, wenn Novartis im Ausland in eine Firma investiert,

die ein neues Medikament erforscht (SECO 2016). Für Schweizer Unternehmen sind Direktinvestitionen besonders wichtig (die Schweiz ist weltweit an 9. Stelle), da sie in einem relativ kleinen Markt zu Hause sind. Somit haben sie die Möglichkeit, ins Ausland zu investieren. Deshalb arbeitet die Aussenpolitik darauf hin, den Marktzugang im Ausland und den Schutz von Investitionen zu sichern. Ein weiterer Aspekt ist, dass Direktinvestitionen zur Innovation beitragen, da es bei Investitionen meistens auch einen Technologie- oder Wissenstransfer gibt (Colen et Al 2009).

Geistiges Eigentum: Gewisse Produkte können für ein Unternehmen von grossem Wert sein, wie das aussergewöhnliche Design einer Teekanne. Damit niemand dieses Produkt kopiert, kann man es als geistiges Eigentum schützen, indem man z.B. ein Patent anmeldet oder eine Marke schützt. Die Schweiz ist ein sehr innovatives Land, pro Kopf werden hierzulande weltweit am zweitmeisten Patente angemeldet. Die Schweiz legt daher grossen Wert darauf, dass auch im Rahmen von FHA die geistigen Eigentumsrechte in ausreichendem Masse geschützt werden. Insbesondere strebt die Schweiz an, dass der Schutzstandard über das multilaterale Niveau (multilaterales Abkommen für geistiges Eigentum (TRIPS)) hinausgeht (ebd., S. 33).

Öffentliches Beschaffungswesen: Mit dem plurilateralen Abkommen über das öffentliche Beschaffungswesen (GPA), verpflichten sich die Schweiz und die restlichen 44 Mitgliedstaaten, Aufträge ab einem gewissen Betrag öffentlich auszuschreiben, um ausländische Anbieter nicht zu benachteiligen und die Transparenz zu erhöhen. Ziel ist es, in FHA auch Vereinbarungen über den Zugang zu öffentlichen Ausschreibungen z.B. für Infrastrukturprojekte zu regeln (z.B. Uniformen für die Polizei oder Fahrzeuge für den öffentlichen Verkehr o.ä.). Es wird versucht, in FHAs das GPA-Niveau als Mindeststandard zu erreichen (ebd., S. 34).

3.3 Die Schweiz und ihre Freihandelsabkommen

Für die Schweiz stellt Handel mit anderen Ländern der Welt ein wichtiger Faktor für den Wohlstand dar. Seit den 1990er Jahren hat der internationale Handel auch hierzulande stark an Fahrt gewonnen, was hauptsächlich auf die Globalisierung und die Internationalisierung der Produktionsketten zurückgeführt werden kann. Die Schweiz besitzt nicht viele natürliche Rohstoffe² und möchte offene Handelsbeziehungen fördern. Seit dem Jahr 2000 hat sich alleine der Schweizer Güterhandel fast verdreifacht und die Reduktion von Handelshemmnissen an Bedeutung gewonnen (SECO 2016, S. 18). Die Schweiz hat daher kontinuierlich ihr Netz an Freihandelsabkommen ausgebaut. Abbildung 1 gibt eine Übersicht von allen Freihandelsabkommen der Schweiz.

² wie Erdöl, Lithium, ...

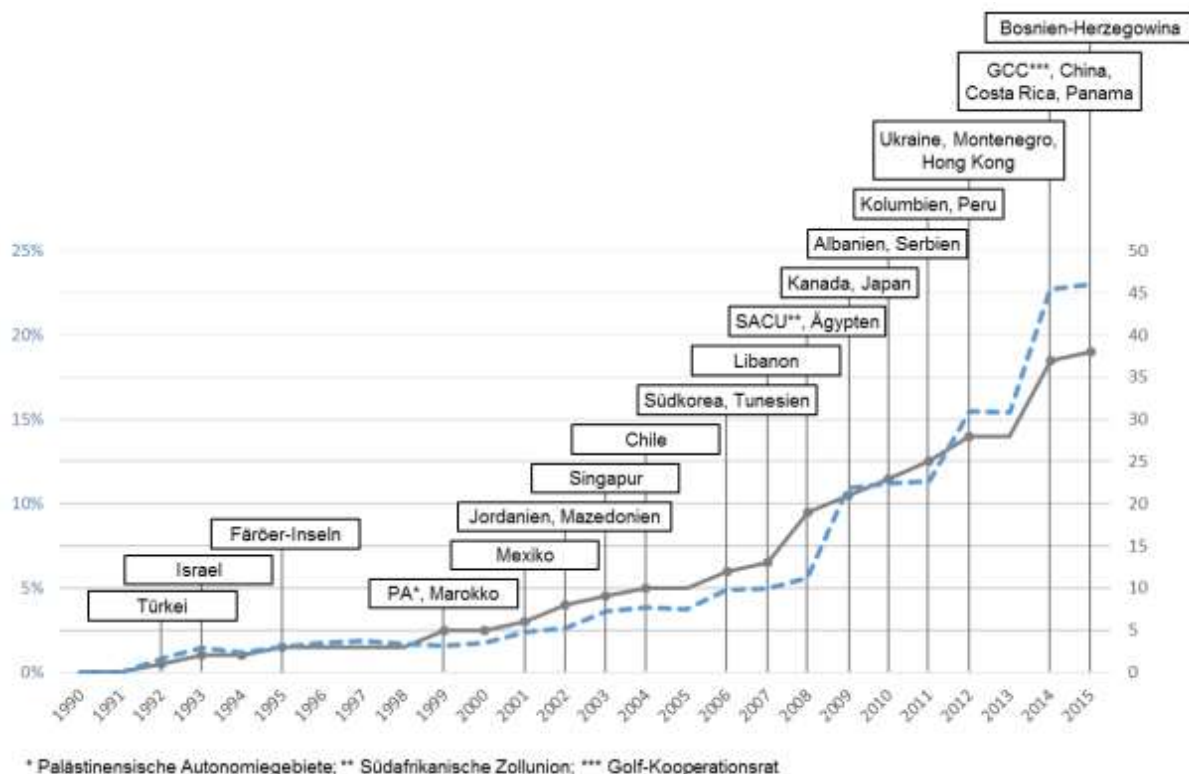


Abbildung 1 Entwicklung des Schweizer FHA-Netzes (SECO 2016, S. 14)

Im Jahr 2015 exportierte die Schweiz für rund CHF 340 Mrd. Waren und Dienstleistungen (ohne Gold) und importierte CHF 260 Mrd. Waren und Dienstleistungen (SECO 2016, S. 10). Wie wichtig der Handel für die Schweiz ist, zeigt auch das Wachstum des BIPs mit und ohne Aussenhandel, wie Abbildung 2 zeigt.

Das Verhältnis von Aussenhandel (Importe und Exporte) zum gesamten BIP nahm in diesem Zeitraum von 69% auf 94% zu und war für etwa 25% des Wachstums verantwortlich (ebd., S. 10).

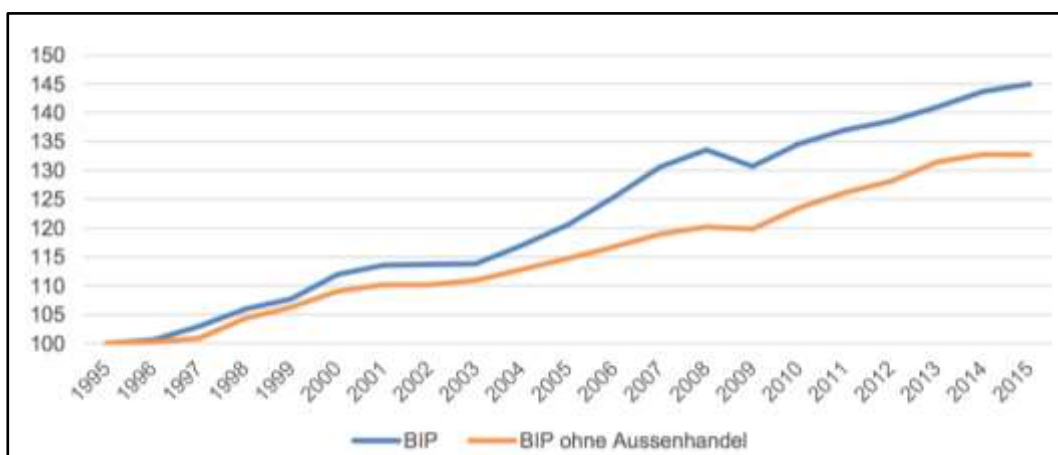


Abbildung 2 Wachstum des BIP [Index 1995=100] (SECO 2016, S. 10)

Auch weltweit nahmen Freihandelsabkommen stark zu und sind zu einem sehr komplexen Netz angewachsen. In Fachkreisen wird diesem Phänomen auch

Spaghetti-Teller (Spaghetti Bowl) genannt. Die nächste Grafik illustriert eingehend, wie vernetzt der Handel mit seinen ganzen Abkommen geworden ist.

Netz von FHA 1990



Netz von FHA 2014

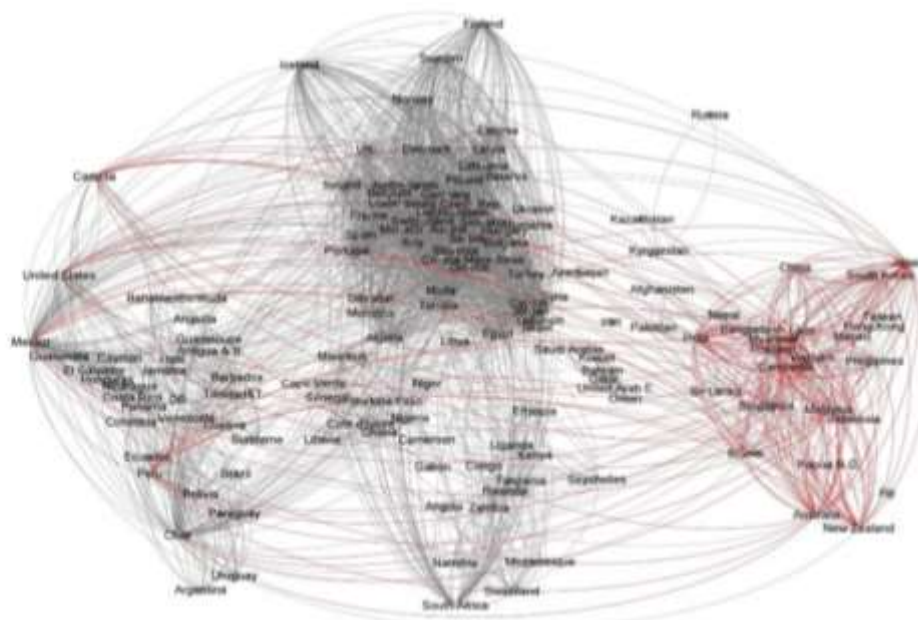


Abbildung 3 Globale Entwicklung von FHA (SECO 2016, S.16)

Die Teilnahme an Weltmärkten ist daher auch Teil der Schweizer Aussenwirtschaftspolitik. Damit dieses Ziel umgesetzt wird, setzt der Bundesrat hauptsächlich auf drei Instrumente, um den Marktzugang im Ausland zu verbessern:

- die bilateralen Verträge mit der EU
- multilaterale Zusammenarbeit innerhalb der WTO
- Freihandelsabkommen mit Ländern ausserhalb der EU

In der Schweiz werden vier Kriterien für die Auswahl von potenziellen Handelspartner zu Rate gezogen (SECO 2016, S. 17).

1. Die aktuelle und potenzielle wirtschaftliche Bedeutung des Handelspartners
2. Das Ausmass bestehender und sich abzeichnender Diskriminierungen, insbesondere, wenn diese sich aus Präferenzabkommen ergeben, welche der Handelspartner mit wichtigen Konkurrenten der Schweiz abgeschlossen hat.
3. Die Verhandlungsbereitschaft des Handelspartners und die entsprechenden Erfolgsaussichten
4. Politische Gesichtspunkte, insbesondere die Vereinbarkeit mit den Zielen der schweizerischen Aussenpolitik

Kriterium eins und zwei stehen für den potenziellen wirtschaftlichen Gewinn. Je höher das Wachstumspotenzial eines Landes ist, desto interessierter ist die Schweiz an der Schaffung von präferentiellen Beziehungen mit diesem Partner. Bei der Ausarbeitung von weiteren Abkommen möchte die Schweiz das Risiko von Diskriminierung verkleinern.

3.3.1 Schweiz-EU

Die EU ist der wichtigste Handelspartner der Schweiz. 2015 flossen rund 54% der Schweizer Exporte in den EU-Raum. Umgekehrt stammten 72% aller Schweizer Importe aus der EU (SECO 2016). Seit 1972 hat die Schweiz mit der EU ein FHA für Industriewaren und verarbeitete Landwirtschaftsprodukte. Damit die Schweiz im EU Raum auch ohne Beitritt in den Europäischen Wirtschaftsraum EWR integriert wird, handelte die Schweiz nach dem Nein zum EWR ab 1999 diverse bilaterale Abkommen aus. Diese Abkommen haben eine grosse Bedeutung für die Schweiz und gehen weit über FHA hinaus (ebd., S. 17f).

3.3.2 Schweiz- ausserhalb EU/EFTA

Momentan sind für die Schweiz 28 FHA mit 38 Partnerstaaten (EU & EFTA ausgenommen) in Kraft. Diese Abkommen regeln den Zugang zu Absatzmärkten von ca. 2.2 Milliarden Konsumenten und ein zusammengerechnetes BIP von fast 25 Billionen US-Dollar. Die meisten Abkommen wurden im Rahmen der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) ausgehandelt. Abbildung 4 zeigt eine Übersicht von allen abgeschlossenen und in Verhandlungen stehenden Abkommen. Etwa 23% der Schweizer Exporte gehen in diese Partnerstaaten und machen 50% von allen Exporten ausserhalb der EU/EFTA aus. Partnerstaaten mit hohem Wachstumspotential stehen für die Schweiz im Fokus. Von 1990-2014 wuchsen das BIP der Partnerländer um durchschnittlich 3.6%, welches 1 Prozentpunkt stärker ist als das weltweite BIP.

Die Schweiz möchte sich auch gegen mögliche Diskriminierungen schützen. In diesem Zusammenhang ist insbesondere die EU wichtig, weshalb die Schweiz bestrebt ist, das Diskriminierungspotential zu minimieren, indem mit den gleichen Partnern Abkommen mit einem möglichst ähnlichen Geltungsbereich abgeschlossen werden. Bis anhin konnte dies vor allem gegenüber der EU gesichert werden, da die Schweiz mit vielen FHA-Partnern der EU ebenfalls Abkommen abschliessen konnte. Aber auch gegenüber anderen Ländern besteht eine potentielle Diskriminierungsgefahr, insbesondere z.B gegenüber den USA (SECO 2016, S. 18f).

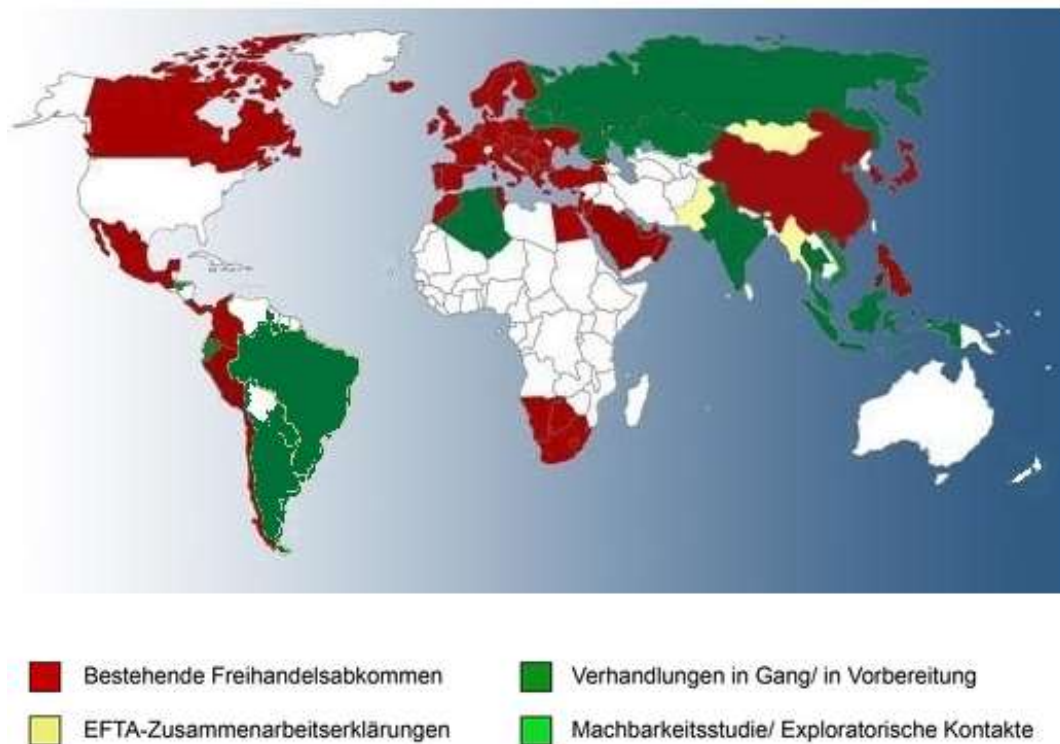


Abbildung 4 Schweizer Netz von FHA (SECO 2016, S. 19)

4 Positionen zu Freihandelsabkommen

4.1 Wirtschaftspolitische Sicht

Im 18. Jahrhundert schrieb der französische Philosoph und Schriftsteller Baron von Montesquieu (1689-1755), dass Handel zwischen Ländern Frieden bedeute. Gemäss ihm sei „*die natürliche Wirkung des Handels (...), Frieden zu bringen. Zwei Völker, die miteinander Handel treiben, machen sich voneinander abhängig*“ (Montesquieu 1748). Der Ökonom David Ricardo (1772-1823) zeigte mit seiner Theorie dann die komparativen Vorteile von Handel auf. Diese besagt, dass jeder Staat jene Güter produzieren soll, in denen er relativ besser ist, als andere. Solche relativ besser produzierten Güter sollten dann gegen andere Güter aus anderen Ländern getauscht werden. Auf heute angewendet, bedeutet das zum Beispiel, dass die Schweiz Medikamente und Uhren exportieren und dafür Rohstoffe und Kleidung importieren kann.

So erweiterte sich das Produktangebot und der erhöhte Wettbewerb führte zu einem Wachstum einer Volkswirtschaft. FHAs sollen so mehr Arbeitsplätze, höheres Einkommen, besserer Marktzugang, mehr Innovation und höhere Qualität bringen (SECO 2016, S. 11).³ Ausserdem profitieren bei einem Abbau von Handelsbeschränkungen gemäss den BefürworterInnen nicht nur die Exportwirtschaft und deren ZuliefererInnen mitsamt den damit verbundenen Arbeitsplätzen, sondern auch die ProduzentInnen. Ausserdem steht den KonsumentInnen ein „preiswerteres und vielseitigeres Importangebot zur Verfügung“ (SECO, 2016).

Für Wirtschaftsverbände sei der Schweizer Heimmarkt für die hiesigen internationalen Konzerne und KMUs zu klein – entsprechend seien einheitliche Spielregeln im Handel ohne Zollhürden und unterschiedliche technische Standards für Produkte nötig. Gerade die Schweiz als Exportnation sei auf einen möglichst barriere- und diskriminierungsfreien Zugang zu ausländischen Märkten angewiesen – und der Marktzugang im Ausland für Schweizer Unternehmen diene so zur Sicherung des Wohlstands (Economie Suisse, 2017).

4.2 Entwicklungspolitische Sicht

KritikerInnen bemängeln vor allem, dass Entwicklungsländer bei Freihandelsabkommen benachteiligt werden. Einige Forderungen, die von der Schweiz als wichtige Forderungen für neue FHA definiert seien, würden kaum den Bedürfnissen von Entwicklungsländern entsprechen.

Beispiel geistiges Eigentum: Die Schweizer Regierung möchte den Schutz von geistigem Eigentum in FHAs verstärken, da viele innovative Wirtschaftssektoren (z.B. die Pharmaindustrie) ihren Standort in der Schweiz haben (SECO, 2016). Einige Nichtregierungsorganisationen bemängeln, dass dies in gewissen Bereichen einschneidende Konsequenzen für Entwicklungsländer haben kann, wie z.B. Verzögerungen bei der Einführung von günstigen Generika, was den Zugang zu erschwinglichen Medikamenten erschwert und dadurch das Recht auf Gesundheit beeinträchtigt (Public Eye, 2009).

Beispiel Abschaffung von Zöllen: Während die einen darin ein wichtiges Instrument von FHA sehen, um die Schweiz wettbewerbsfähiger zu machen und die Armut durch offene Märkte in Entwicklungsländern zu verringern (SECO 2016), sehen andere darin für die Entwicklungsländer eine Reduktion von dringend benötigten Staatseinnahmen, die zum Beispiel für die Armutsbekämpfung gebraucht werden (Public Eye, 2009).

4.2.1 Multilaterale statt bilaterale Abkommen

Des Weiteren verhandeln seit der Blockierung der Doha-Runde die Staaten vermehrt bilaterale statt multilaterale Abkommen und sind so nicht mehr dem Konsensprinzip von allen WTO-Mitgliedern unterworfen (siehe Kapitel 1.2). Gemäss Nichtregierungsorganisationen wie Alliance Sud oder Public Eye würden gerade bei

³ In diesem drei Minuten Video ist die Theorie von Ricardo einfach erklärt (auf Youtube suchen „Komparativer Vorteil einfach erklärt“): <https://www.youtube.com/watch?v=PvQ-SFJ8yt0>

grossen Freihandelsabkommen wie dem TTIP oder CETA die Industrieländer die Interessen von Entwicklungsländer zu wenig beachtet. So würden nicht mehr die gemeinsame Interessensfindung, sondern vermehrt das Durchsetzen eigener Interessen im Vordergrund stehen (Public Eye, 2017). Deshalb sei eine multilaterale Handelsorganisation wie die WTO, die klare Regeln aufstellt, welche den verschiedenen Entwicklungsniveaus ihrer Mitgliedstaaten angepasst ist, vorzuziehen (Alliance Sud, 2017). Auch laut dem SECO sind, wenn auch insbesondere aus handelspolitischer Sicht, multilaterale Verhandlungen im Rahmen der WTO gegenüber weiteren FHA vorzuziehen. Denn das sich weltweit verdichtende Netz von Freihandelsabkommen führe nicht nur zu einem komplexen Regelwerk und somit grossem administrativen Aufwand, sondern diskriminiere bei neuen Verhandlungen auch Unternehmen gegenüber ihren Konkurrenten aus anderen Staaten (SECO, 2016.)

4.3 Empfehlungen

Die Beseitigung bzw. Reduktion von Diskriminierungen gehört zu den zentralen Zielsetzungen eines FHA. Um diese Diskriminierung bei Entwicklungsländern abzubauen, verlangen NGOs in der Schweiz, dass es vor Verhandlungsabschluss Studien und menschenrechtliche Analysen brauche, um die Auswirkungen von FHA auf unterschiedliche Bevölkerungsgruppen abschätzen zu können (Public Eye, 2017).

In diese Richtung gehen auch die Empfehlungen der Geschäftsprüfungskommission des Nationalrats (GPK-N): In ihrem kürzlich erschienen Bericht „Auswirkungen von Freihandelsabkommen“ soll „der Bundesrat im Vorfeld von FHA über möglichst umfassende Kenntnisse verfügen, um abschätzen zu können, ob ein FHA abgeschlossen werden soll oder nicht“ (GPK-N, 2017). Unter dem Titel „Verzicht auf Nachhaltigkeitsstudien steht im Widerspruch zu strategischen Zielen des Bundesrates“ fordert die GPK-N den Bundesrat auf, „inskünftig im Rahmen der Beschaffung von Informationsgrundlagen für FHA-Verhandlungen die Durchführung von Nachhaltigkeitsstudien zu prüfen. Sollte der Bundesrat zur Auffassung gelangen, dass im Einzelfall keine Nachhaltigkeitsstudie durchgeführt werden soll, wäre diese Entscheidung in der Botschaft zum betreffenden FHA zu begründen. Die Resultate durchgeführter Nachhaltigkeitsstudien sind in der jeweiligen Botschaft auszuweisen.“

5 Politische Vorstösse

5.1 Forderungen im Parlament

Einige parlamentarische Forderungen, welche Freihandelsabkommen betreffen, sind untenstehend aufgelistet.

- FHA mit Malaysia bezüglich Palmöl
<https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefft?AffairId=20163332>
- FHA mit Kolumbien
<https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/#k=kolumbien%20menschenrechte%20handel>

- Freihandelsabkommen mit China und Zwangsarbeitslager
http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20125050
- Auswirkungen eines Freihandelsabkommens zwischen den USA und der EU auf die Schweiz
http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20133054
- Deklarationspflicht für Waren aus den durch Marokko besetzten Gebieten der Westsahara
http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20133178

5.2 Forderungen der Jugendsession

An der Jugendsession wurde der internationale Handel seit langem nicht mehr behandelt. Im Jahr 2001 wurden allerdings zwei Petitionen im Plenum verabschiedet.

Thema: Internationale Umweltpolitik (2001)

Inhalt:

Wir fordern vom Bundesrat, Partner in der WTO zur Durchsetzung eines Gesetzesartikels zu suchen. Dieser besagt, dass internationale Abkommen über Umweltschutzfragen für alle Mitgliedsstaaten verbindlich werden, sobald sich eine Mehrheit der WTO-Staaten dafür ausspricht. Ein unabhängiges Kontrollorgan überwacht die Einhaltung der Beschlüsse. Bei Nichteinhaltung werden Geldstrafen erhoben. Diese Beträge fliessen direkt in einen Fonds zur Unterstützung von Umweltschutzmassnahmen in Entwicklungsländern.

Angenommen 102 zu 10

Thema: Armut und Verteilung des Reichtums (2001)

Inhalt:

Wir fordern vom Bundesrat, dass er in der WTO für fairen Handel einsteht, namentlich durch einen Zollerlass für fair gehandelte Produkte, die anhand definierter Kriterien von einer Kommission bestimmt werden; weiter sollen die Konsumenten auf diese Produkte sensibilisiert und eine bessere Vertretung der Entwicklungsländer in Führungspositionen der WTO erreicht werden. Falls die WTO die zwei ersten Massnahmen nicht gutheisst, soll die Schweiz im Namen ihrer humanitären Tradition diese trotz möglicher WTO-Sanktionen durchführen.

Offen 0 zu 0⁴

⁴ Ausgang der Abstimmung ist unbekannt

6 Links und zusätzliche Informationen

Mit diesem Link ist die Theorie der komparativen Vorteile nochmals anschaulich erklärt.

<https://www.youtube.com/watch?v=PvQ-SFJ8yt0>



Mit diesem Link wird das TTIP anschaulich erklärt

<https://www.youtube.com/watch?v=t4XH19GRwfA>



Die Nichtregierungsorganisation (NGO) Public Eye besitzt eine ausführliche Dokumentation zum gesamten Thema mit vielen konkreten Fallbeispielen

<https://www.publiceye.ch/de/themen-hintergruende/handel-rohstoff/handelspolitik/>

7 Abkürzungsverzeichnis

BIP: steht für Bruttoinlandprodukt

CETA: FHA zwischen der EU und Kanada. Steht für „Comprehensive Economic and Trade Agreement“

EFTA: Freihandelszone zwischen vier Ländern der Schweiz, Norwegen, Liechtenstein und Island. Abkürzung steht für „European Free Trade Association“

FHA: steht für Freihandelsabkommen

GATT: Vorgänger der WTO steht für „General Agreement on Tariffs and Trade“

GATS: steht für „General Agreement on Trade in Services“

GPA: steht für „Government Procurement Agreement“

NAFTA: FHA von Nordamerikanischen Staaten „North American Free Trade Agreement“

TISA: Abkommen über den Handel von Dienstleistungen zwischen 23 WTO-Mitgliedern einschliesslich den USA und der EU. Steht für Trade in Services Agreement

TRIPS: Abkommen über den Schutz geistigen Eigentums. Steht für „Agreement on Trade-Related Aspects of Intellectual Property Rights“

TPP: Angestrebte Freihandelszone im Pazifikraum. Hauptsächlich zwischen China, Japan, Australien, etc. Steht für „Trans Pacific Partnership“

TTIP: Angestrebte Freihandelszone zwischen der EU und der USA. Steht für „Transatlantic Trade and Investment Partnership“

WTO: steht für „World Trade Organization“ und ist die Welthandelsorganisation

8 Glossar

AoA: internationales Abkommen in welchem der internationale Handel von Landwirtschaftsprodukten geregelt ist

BIP: misst die Produktion von Waren und Dienstleistungen im Inland. Es ist ein Produktionsmass um die wirtschaftliche Leistung eines Landes zu ermitteln.

Bilateral: zweiseitig z. B. Schweiz-EU

Plurilateral: mehrere Seiten, mehr als zwei Vertragspartner betreffend

Multilateral: mehrere Seiten, mehr als zwei Vertragspartner betreffend. Verträge in der WTO

Handelsblockade: gegen den Handel eines Landes gerichtete Blockade

Kommunismus: politische Richtung, Bewegung die sich gegen den Kapitalismus wendet und eine zentral gelenkte Wirtschafts- und Sozialordnung verfiert

Marktwirtschaft: Wirtschaftssystem, welches auf Angebot und Nachfrage und privatwirtschaftlicher Produktion beruht.

Staat: Summe der Institutionen, die das dauerhafte und geordnete Zusammenleben in einem abgegrenzten Territorium gewährleistet.

Entwicklungsland: Wenn in einem Land die Mehrheit der Bürger einen tiefen Lebensstandard haben.

GATT: internationales Abkommen in welchem der internationale Handel von Waren geregelt wird.

GATS: Internationales Abkommen, in welchem der internationale Handel von Dienstleistungen geregelt ist.

TRIPS: Internationales Abkommen, in welchem der Schutz der Rechte des geistigen Eigentums geregelt ist.

Technische Handelshemmnisse: unterschiedliche technische Vorschriften, die den Handel beeinträchtigen. Das sind Anforderungen an Produkte (Verpackung, Beschriftung, etc.), an Verfahren (Herstellung, Lagerung, etc.) und Konformitäten (Prüfung, Inspektion, staatliche Zulassung, etc.)

Direktinvestitionen: Wenn ein ausländischer Investor sich mit mindestens 10 Prozent am Kapital eines Unternehmens beteiligt. Zum Beispiel, wenn Novartis im Ausland in eine Firma investiert, die ein neues Medikament erforscht.

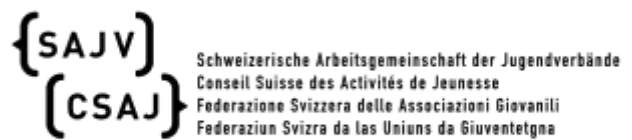
Geistiges Eigentum: Recht an immateriellen Gütern z. B. Erfindungen, Patente, Ideen, Kunst

Öffentliches Beschaffungswesen: Ist ein Vertrag von Beschaffungen (Güter, Dienstleistungen, Bauaufträge) zwischen einer Behörde oder staatlichen Unternehmen und einem privatwirtschaftlichen Anbieter. Aufträge müssen ab einem gewissen Betrag öffentlich ausschreiben, dass die Transparenz erhöhen soll. Durch die zusätzliche Transparenz wird gewährleistet, dass öffentliche Gelder möglichst optimal verwendet werden. Zum Beispiel, die SBB möchte neue Züge kaufen.

9 Literaturverzeichnis

- Alliance Sud. <http://www.alliancesud.ch/de/politik/handel-und-investitionen/freihandelspolitik> (Aufruf: 06.09.2017)
- Colen, Liesbeth; Maertens, Miet; Swinnen, Jo. 2009. "FOREIGN DIRECT INVESTMENT AS AN ENGINE FOR ECONOMIC GROWTH AND HUMAN DEVELOPMENT: A REVIEW OF THE ARGUMENTS AND EMPIRICAL EVIDENCE."
- Economie Suisse. <https://www.economiesuisse.ch/de/erfolgskriterien> (Aufruf: 06.09.2017)
- Economie Suisse. <https://www.economiesuisse.ch/de/artikel/exportnation-schweiz-schlaegt-alle-rekorde> (Aufruf: 06.09.2017)
- Economie Suisse. <http://www.economiesuisse.ch/de/artikel/wichtiges-wto-abkommen-fuer-handelserleichterungen-tritt-kraft> (Aufruf: 12.09.2017)
- Lester, Simon. 2009. "Bilateral and Regional Trade Agreements". Cambridge : Cambridge University Press.
- Montesquieu, Baron. 1748. "Vom Geist Der Gesetze."
- Parlament.ch. "Auswirkungen von Freihandelsabkommen. Bericht der Geschäftsprüfungskommission des Nationalrates"
<https://www.parlament.ch/centers/documents/de/bericht-mm-gpk-2-2017-07-06-d.pdf>
- Public Eye. "Handelspolitik." <https://www.publiceye.ch/de/themen-hintergruende/handel-rohstoff/handelspolitik/einfuehrung/> (Aufruf : 11.07.2017).
- SECO, 2016. "Wirtschaftliche Bedeutung der Freihandelsabkommen für die Schweiz Fokus auf Partner ausserhalb der EU."
https://www.seco.admin.ch/seco/de/home/Publikationen_Dienstleistungen/Publikationen_und_Formulare/Aussenwirtschafts/Freihandelsabkommen/bedeutung-fha.html.
- SECO, 2009. „Die Volkswirtschaft. Das Magazin für Wirtschaftspolitik“
https://www.publiceye.ch/fileadmin/files/documents/Handelspolitik/FHA_in_der_Kritik-_Volkswirtschaft_10-09d_1.pdf
- Vimentis. <https://www.vimentis.ch/d/lexikon/296/Welthandelsorganisation.html#296> (Aufruf : 12.09.2017)
- Vimentis. <https://www.vimentis.ch/d/publikation/342/Der+Handel.html> (Aufruf : 12.09.2017)
- WTO. https://www.wto.org/english/tratop_e/region_e/regfac_e.htm (Aufruf:11.07.2017)

SAJV | Projektleitung Jugendsession
projektleitung@jugendsession.ch
www.jugendsession.ch



Dieses Thema wurde erarbeitet mit Unterstützung des Staatssekretariats für Wirtschaft (SECO) und Public Eye